

An die Medien im Kreis Unna



Unna / Bergkamen, 9. April 2013

PRESSEMITTEILUNG

SPD im Kreis Unna will Weiterfinanzierung der Schulsozialarbeit durch den Bund durchsetzen Antrag an den SPD-Bundesparteitag beschlossen

„Die zusätzliche Schulsozialarbeit muss weiterhin durch den Bund finanziert werden.“, fasst der SPD-Unterbezirksvorsitzende und heimische Bundestagsabgeordnete das Ergebnis der Unterbezirksausschusssitzung im Bergkamener Treffpunkt zusammen.

Dort hatten sich die Delegierten aus allen SPD-Ortsvereinen im Kreis Unna einstimmig für einen Änderungsantrag zum SPD-Regierungsprogramm ausgesprochen, der genau das fordert. Nun will man zusammen mit der SPD im Kreis Recklinghausen, die einen gleichlautenden Antrag beschlossen haben, für eine entsprechende Mehrheit auf dem SPD-Bundesparteitag am kommenden Sonntag in Augsburg sorgen.

Im Rahmen des Vermittlungsverfahrens zwischen Bundesrat und Bundestag im Winter 2011 hatte die SPD durchgesetzt, dass im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets zusätzlich 3.000 Schulsozialarbeiterstellen durch den Bund finanziert wurden. Im Rahmen dieses Paketes wurden im Kreis Unna 50 zusätzliche Schulsozialarbeiterinnen und –sozialarbeiter eingestellt. Über deren Arbeit hatte sich der Vorstand der Kreis-SPD in verschiedenen Gesprächen, u.a. mit dem Kreissozialdezernenten Rüdiger Sparbrod, informiert.

„Für die SPD steht fest, dass die Schulsozialarbeit damit eine neue Qualität erreicht hat. Es gibt Schulformen, die durch dieses Paket erstmals mit Schulsozialarbeit versorgt wurden. Der Bund muss den Kommunen helfen, damit diese Arbeit fortgesetzt werden kann.“, so Kaczmarek.

Nun wolle man dafür sorgen, dass mit einem SPD-Wahlsieg bei der Bundestagswahl auch eine klare Festlegung zur Fortsetzung der bundesfinanzierten Schulsozialarbeit erfolgt. „Wer die sinnvolle und gute Arbeit letztlich finanziert, ist egal. Nach Lage der Dinge ist der Bund allerdings am ehesten dazu in der Lage.“, erläutert der SPD-Politiker. Einen Kompensationsvorschlag hat er auch: auf das Betreuungsgeld könne man besser verzichten als auf Schulsozialarbeit oder den Kita-Ausbau.

Mit der freundlichen Bitte um Veröffentlichung

Robin Baranski

Unterbezirksgeschäftsführer